

infoDISG

Jahresbericht 2009

Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG)

Netzwerke für eine tragfähige Gemeinschaft



Fachstelle Gesellschaftsfragen
Mehr Chancengerechtigkeit und Integration 3

Abteilung Opferberatung
Gut angekommen 5

Abteilung Opferhilfe
Gesetzliche Neuerungen 6

Fachstelle Kinderschutz
Probleme sind komplex 7

Abteilung Soziale Einrichtungen
Ziele erreichen dank guter Zusammenarbeit 8

Abteilung Sozialhilfe / Asyl- und Flüchtlingswesen
Armut verhindern dank koordinierter Hilfe 9

Abteilung Zentrale Dienste und Finanzen
Viele Beiträge zum Gelingen der DISG 11

Veranstaltungen, Nachrichten, Personelles 12

Im Fokus unserer Dienststelle stehen die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft. Sozialpolitik, wie wir sie verstehen, ist eine komplexe Sache. Sie kann nur bei guter Zusammenarbeit gedeihen. Vernetzung heisst unsere Devise – mit den Gemeinden und zahlreichen Partnerorganisationen im Kanton, aber auch nach innen. Im vergangenen Jahr haben wir erfahren, dass die Netzwerke immer besser tragen.

Der Kanton Luzern weist im schweizerischen Vergleich weniger Sozialhilfebeziehende, weniger Arbeitslose, weniger Probleme mit Jugendgewalt auf als manche andere Kantone. Das ist erfreulich, und wir müssen dafür sorgen, dass es

so bleibt. Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung ihre Existenz über ein Erwerbseinkommen sichert, ist es Aufgabe des Staates, für jene Menschen zu sorgen, die nicht alleine zurechtkommen.

Die Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) hat sich denn auch im vergangenen Jahr wieder mit verschiedensten sozialen Problemen und gesellschaftlichen Themen auseinander gesetzt. Ein Kanton zeichnet sich nicht alleine durch gute Schulen, gute Strassen und Steuervorteile für Gutverdienende aus, sondern auch durch den Umgang mit seinen schwächsten Mitgliedern. Der Kanton Luzern darf auf seine Sozialpolitik stolz sein.

Fürsorglich und vorsorglich wirken

Wir zeigen Ihnen in unserer ersten Ausgabe des InfoDISG im neuen Jahr auf, in welchen Bereichen wir im letzten Jahr tätig waren. Würde man nach dem Volumen

Es ist Aufgabe des Staates, für jene Menschen zu sorgen, die nicht alleine zurechtkommen.

der finanziellen Mittel urteilen, müssten wir vor allem über die sozialen

Einrichtungen im Behindertenwesen und über die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen berichten. Sicher ist es sehr wichtig, dass wir genügend Plätze in stationären Einrichtungen für unsere Menschen mit Behinderung oder für Kinder und Jugendliche mit schweren Verhaltensauffälligkeiten haben. Projekte wie «Stark durch Erziehung» oder «Respekt ist Pflicht», sind aber ebenso wichtig. Damit können wir aufzeigen, dass es für die Gemeinschaft nicht gleichgültig ist, wie wir uns verhalten und wie wir miteinander umgehen. Dies sind Beispiele für Prävention im besten Sinn.

Ein wichtiges Projekt in der DISG war auch die Erarbeitung des Altersleitbildes, das der Regierungsrat kurz vor Weihnachten verabschiedet hat. Und das Projekt «Arbeit muss sich lohnen», das im ersten Halbjahr 2010 abgeschlossen wird, war ein weiterer Schwerpunkt; hier geht es um die Überprüfung der Wechselwirkung staatlicher Transferleistungen und Steuern. Weitere Meilensteine waren die definitive Einführung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit IIZ und die Vorbereitung zu zwei Gesetzen: zum Gesetz über den gesellschaftlichen Zusammenhalt und zum Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz.

Zusammenarbeit über Abteilungen hinweg

Aus Sicht der Dienststellenleitung war besonders befriedigend, dass im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit unter den Abteilungen viel enger wurde. Einige Vorhaben,

zum Beispiel Projekte im Rahmen der «16 Tage gegen Frauengewalt», wurden abteilungsübergreifend organisiert. Dies kommt vor allem unsern Klientinnen und Klienten wie auch den Partnerorganisationen zu gute. Aber es stärkt auch unser eigenes Bewusstsein für komplexe Zusammenhänge. Unser externes Netzwerk, das auf vertrauensvoller Zusammenarbeit mit vielen Gemeinwesen, Institutionen und Organisationen beruht, erwies sich auch in schwierigen Situationen als tragfähig.

Unser externes Netzwerk erwies sich auch in schwierigen Situationen als tragfähig.

Zuwachs an Aufgaben

2009 wurde nochmals eine neue Abteilung, die Opferberatungsstelle, in die DISG integriert. Der erneute Zuwachs an Aufgaben und Mitarbeitenden führte uns sachgemäss hin zu einer stärker strukturierten Organisation, aber auch einen kleinen Schritt weg von der ursprünglich überschaubaren Arbeitsgemeinschaft. Der klare Gewinn besteht im konkreten Fall darin, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Abteilungen der Opferhilfe und der Opferberatungsstelle einfacher wurde – auch dies zum Vorteil unserer Klientinnen und Klienten.

Insgesamt dürfen wir das letzte Jahr als ein erfolgreiches betrachten. So wie wir die Aufgaben gemeinsam angegangen sind, hat dies unsere Organisation gestärkt, unsere Dienstleistungen verbessert und uns in ein paar wichtigen Themen vorangebracht.

Irmgard Dürmüller Kohler, Dienststellenleiterin

Fachstelle Gesellschaftsfragen

Mehr Chancengerechtigkeit und Integration

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen (FGF) setzt sich in ihren Handlungsfeldern für mehr Chancengerechtigkeit und Integration ein. Dies kann – wie der Jahresbericht zeigt – nur in Zusammenarbeit mit andern Stellen und Organisationen gelingen.

Die dreijährige Kampagne «Stark durch Erziehung» wurde vom Institut für Politikstudien Interface evaluiert. Der Evaluationsbericht zeigt verschiedene positive Ergebnisse auf: Die beteiligten Fachpersonen schätzen die erreichte Vernetzung und die Sensibilisierung für einen Erziehungsstil, der beim vorhandenen Potential und nicht bei den Problemen ansetzt. Zudem wurden die vielfältigen Angebote der Elternbildung im Kanton besser bekannt. Und fast zwei von drei der befragten Eltern waren auch über die Kampagne selbst informiert. Gegen 150 öffentlich ausgeschriebene Kurse und Veranstaltungen erreichten weit mehr als 5000 Teilnehmende; und rund 150 weitere Veranstaltungen fanden an Schulen statt.

Luzerner Elternnetz

Die FGF folgt den Empfehlungen des Evaluationsberichts, wie die Elternbildung im Kanton Luzern weiterentwickelt werden kann. So wird sie das «Luzerner Elternnetz» weiter pflegen. Darin sind rund 200 Organisationen der Elternbildung vernetzt; und die Information über Kurse erfolgt zentral auf der Website www.elternnetz.lu.ch und in Zeitungsinseraten. Die Eltern mit Migrationshintergrund und Eltern aus bildungsfernen Schichten sollen noch gezielter angesprochen werden. Ein Schritt dahin ist ein Weiterbildungsmodul für Spielgruppenleitende zum Aufbau einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Eltern, das mit Beiträgen aus dem Integrationskredit des Bundes entwickelt wird. Die FGF unterstützte weiterhin die erfolgreichen Weiterbildungskurse für Fachpersonen in Kindertagesstätten zur Sprachförderung.

Denn Spielgruppen und Kindertagesstätten spielen für die sprachliche Entwicklung von Kindern fremdsprachiger Eltern (zirka ein Drittel) eine wichtige Rolle.

Bereichsübergreifendes Engagement für die Jugend

Die meisten unserer Aktivitäten für Jugendliche erfolgen bereichsübergreifend. So zum Beispiel Gleichstellungsprojekte wie der Tochtertag und die Aktionen an der Zentralschweizer Bildungsmesse. Dort wurden mit einem Impulstheater und mit muttersprachlichen Führungen auch viele nicht-deutschsprachige Eltern und Jugendliche dafür sensibilisiert, sich bei der Berufswahl weniger an starren Geschlechterrollen zu orientieren.

Das Projekt «Respekt ist Pflicht – für alle!» hat über 140 junge Frauen und 20 junge Männer aus 23 Gemeinden direkt erreicht; in Workshops wurden diese für die Prävention vor sexuellen Übergriffen gestärkt. Über hundert verschiedene Plakatmotive haben die Porträts der dargestellten jungen Frauen mit ihren respekttheisenden Botschaften im ganzen Kanton bekannt gemacht.

Zusammen mit anderen Dienst- und Fachstellen hat die FGF die Broschüre «Umgang mit Alkohol in der Jugendarbeit» herausgegeben. Sie erschien zeitgerecht mit den neuen Jugendschutzbestimmungen im Gastgewerbegesetz am 1. September 2009.



Die Arbeitsgruppe «Jugend und Gewalt» wurde erweitert, damit sie ihre Monitoringfunktion bei der Bekämpfung von Jugendgewalt noch besser wahrnehmen kann. Die Umsetzung der vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen wird von der FGF koordiniert und läuft plangemäss.

Vielfalt des Alltagsgeschäfts

In allen Bereichen geben wir Auskunft und führen Beratungen durch (total 283 Mal). Im Bereich Kind-Jugend-Familie betraf über ein Drittel davon Fragen zur familienergänzenden Kinderbetreuung – das Thema auf dem Spitzenplatz. Ebenso bedeuten die 14

Gesuche für die Anschubfinanzierung eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr.

Mit finanziellen Beiträgen an 34 Jugendprojekte konnte die Eigeninitiative der Jugendlichen unterstützt werden. Im Bereich Migration lag der Schwerpunkt im kantonalen Programm «Sprache und Information». 2009 wurden mehr als 120 Alphabetisierungs-, Einstiegs-, Intensiv- und Konversationskurse mit über 1060 Teilnehmenden durchgeführt. Ausserdem trafen sich die Kursverantwortlichen in zwei Workshops, und die Zusammenarbeit mit der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung wurde verstärkt.

Vernetzung als Kernaufgabe

Netzwerke sind für den Informationsfluss und die Koordination notwendig. Wir haben unsere Netzwerke analysiert und ihre Pflege or-

ganisiert. Dazu gehören insgesamt gegen 50 kantonale und Bundesverwaltungsstellen, eidgenössische und kantonale Kommissionen und Konferenzen, Gemeinden und NGO. Diese vertikale Vernetzung kann auch Gemeinden den Zugang zur Projektförderung durch den Bund eröffnen. Zur vertieften Koordination innerhalb der kantonalen Verwaltung hat der Regierungsrat die Interdepartementale Steuergruppe Gesellschaftsfragen neu eingesetzt.

Unseren zahlreichen Partnerinnen und Partnern danken wir herzlich für die vielfältige und spannende Zusammenarbeit.

Hansjörg Vogel, Abteilungsleiter Fachstelle Gesellschaftsfragen

Veranstaltungen 2009

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen hat zahlreiche Veranstaltungen angeboten. Eine Auswahl:

- An der Plattform Gesellschaftsfragen diskutierten über 100 Personen aus Praxis, Verwaltung und Fachwelt die Vision von Erziehungs- und Bildungspartnerschaften im Vorschulbereich.
- Podiumsgespräch an den Schultheatertagen zum Thema «Achtung, Grenzen – los!»
- Ein Abend mit Bänz Friedli und der Fachstelle UND zu Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit
- Besuch der International Alliance of Women (IAW) im Regierungsbäude
- Integrationstag auf der Eventbühne der LUGA
- Zwei Treffen mit den Ansprechstellen Integration der Gemeinden (gemeinsam mit dem Amt für Migration)
- Erfahrungsaustausch mit Initiativgruppen Integration der Gemeinden (gemeinsam mit der Fachgruppe Integration).



Abteilung Opferberatung Gut angekommen in der DISG

Per Anfang 2009 wurde die Opferberatungsstelle in die Dienststelle Soziales und Gesellschaft integriert. Das hiess für uns: Sich neu vernetzen, neue Abläufe und Zuständigkeiten etablieren. Parallel dazu lief unsere Kernaufgabe, die Beratung von Menschen, die Gewalt erlebt haben, uneingeschränkt weiter.

Die Opferberatungsstelle blickt auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Die Integration als eigene Abteilung in die DISG forderte uns zunächst organisatorisch. Das Team wurde in den ersten Monaten personell vervollständigt. Ferner befassten wir uns mit dem neuen Opferhilfegesetz (siehe auch Seite 6).

Fallzahlen insgesamt gleich hoch

Selbstverständlich stand dennoch die direkte Opferberatung im Zentrum unserer täglichen Arbeit. Die Fallzahlen blieben mit knapp 1300 geführten Fällen etwa gleich hoch wie 2008 (siehe Grafik). Die Fallmeldungen in den Bereichen «Allgemeine Gewalt» und «Gewalt an Kindern und Jugendlichen» waren leicht rückläufig. Eine Zunahme war aber im Fachbereich «Gewalt an Frauen», insbesondere bei Häuslicher Gewalt, zu beobachten: Hier stieg die Dossierzahl um 13 Prozent an.

Obwohl in zwei erwähnten Fachbereichen die Fallmeldungen leicht zurück gingen, stieg die Zahl der männlichen Opfer um 2 Prozent, berechnet auf alle bearbeiteten Fälle. Wir stellten deutlich mehr Körperverletzungen nach Auseinandersetzungen fest als in den Vorjahren. Im Fachbereich «Kinder und Jugendliche» verdreifachten sich die Körperverletzungen von 9 Prozent auf 27 Prozent aller Fälle. Ein grosser Teil ist auf Raufereien oder Schlägereien unter Jugendlichen zurückzuführen. Ein Phänomen, mit dem sich die Opferberatungsstelle auch im laufenden Jahr auseinanderzusetzen hat, wie sich bereits abzeichnet.

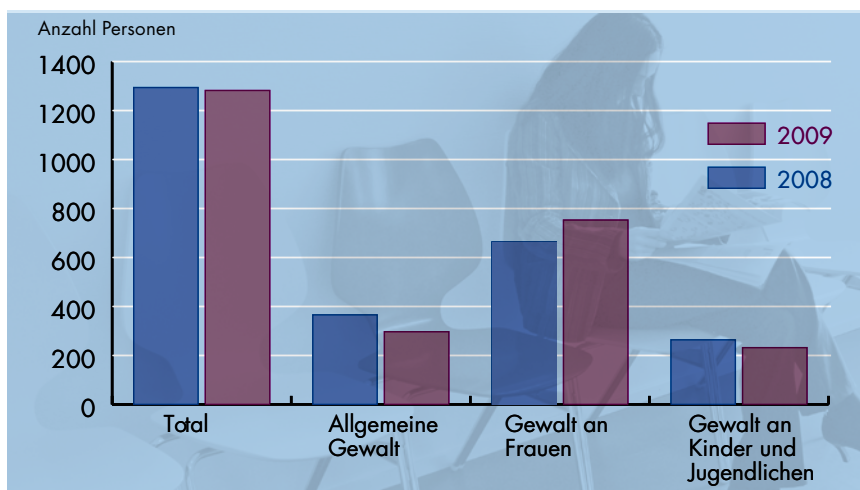
Mit Fachstellen vernetzen

Nach der internen Aufbauarbeit richtete sich unser Fokus auch auf die Zusammenarbeit mit wichtigen Fachstellen und Partnern. Die Opferberatungsstelle veranstaltete ein Treffen mit dem Verband der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten der Zentralschweiz mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu optimieren. Informationstreffen fanden ferner statt mit der Fachstelle Kinderschutz, der stationären Kinderschutzgruppe des Kinderspitals Luzern, mit S&X Fachstelle Sexualpädagogik, mit der Abteilung Schulberatung der Dienststelle Volksschulbildung, dem Frauenhaus Luzern, mit IIZ Interinstitutionelle Zusammenarbeit, Fragile Suisse, Mannebüro Luzern und der Patientenbetreuung Zentralschweiz.

Ferner nahmen wir Einsitz in Arbeitsgruppen und Gremien, zum Beispiel am Runden Tisch des Luzerner Interventionsprojekts gegen häusliche Gewalt, LiP; in den LiP Arbeitsgruppen Qualitätssicherung, Migrantinnen, Frauenhandel und Zwangsheirat; in der «Regio 3» Zentralschweizer Beraterinnensitzung; im Fachaustauschgremium gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern; in der Kantonalen Kinderschutzgruppe sowie im Nationalen Nottelefon.

*Brigitte Knüsel, Abteilungsleiterin
Opferberatungsstelle*

**Verteilung der
Beratungsfälle
2008/2009**



Abteilung Opferhilfe

Gesetzliche Neuerungen gut bewältigt

2009 war ein Jahr der Veränderungen: Seit anfangs Jahr arbeiten wir mit dem neuen Opferhilfegesetz. In der ersten Jahreshälfte haben wir zudem die Revision des kantonalen Einführungsgesetzes zum Opferhilfegesetz vorbereitet, das seit dem 1. Januar 2010 gilt.

Die intensiven Vorarbeiten im Vorjahr zahlten sich zu Beginn des Jahres 2009 aus: Die Umsetzung des neuen Opferhilfegesetzes (OHG) gelang problemlos, obschon die Gesetzesrevision einige massgebliche Änderungen mit sich gebracht hat. So wurden die Berechnungsmethoden der Kostenbeiträge an längerfristige Hilfeleistungen Dritter zu Gunsten der Opfer verändert; dabei geht es um Leistungen, die nicht die Opferberatungsstelle selber erbringt, zum Beispiel um therapeutische oder juristische Hilfe. Neu gelten für die Einreichung von Entschädigungs- und Genugtuungsgesuchen zu Gunsten der Opfer längere Fristen.

Franken aufgewendet (Vorjahr 60 000) und für Genugtuungen 190 000 Franken (Vorjahr 160 000); wobei diese Zahlen – je nach Art der Straftaten und Anzahl Betroffener – von Jahr zu Jahr stark variieren können. Für vermittelte Hilfeleistungen hat die Opferhilfe im Jahr 2009 knapp 890 000 Franken (Vorjahr 813 000) ausgerichtet. Mittels Regress auf Täter und Versicherungen wurden 2009 insgesamt rund 196 000 Franken (Vorjahr 167 000) in Rechnung gestellt; ein Betrag von rund 115 000 Franken musste abgeschrieben werden.

Neues Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz

Die Abteilung Opferhilfe war anfangs 2009 mit der Ausarbeitung des total revidierten Einführungsgesetzes zum Opferhilfegesetz (EGOHG) beschäftigt. Im September hat der Kantonsrat das neue Gesetz gutgeheissen (siehe Box), das per 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist.

Zuständigkeiten neu geregelt

Das Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz (EGOHG) regelt den Vollzug des Opferhilfegesetzes im Kanton Luzern. Es bestimmt die zuständigen Stellen und Behörden und regelt das Verfahren. Danach ist die Opferberatungsstelle (weiterhin) zuständig für die Beratung der Opfer und ihrer Angehörigen sowie für die Vermittlung von Dritthilfen. Sie entscheidet auch über dringend notwendige Soforthilfe (Art. 13 OHG). Über Kostenbeiträge an längerfristige Hilfe Dritter (Art. 16 OHG) entscheidet hingegen neu die Abteilung Opferhilfe. Diese amtiert auch nach wie vor als Entscheidbehörde im Bereich Entschädigung und Genugtuung (Art. 19 ff. OHG); ferner ist sie für das Regresswesen (Rückgriff auf Täter oder Versicherungen) zuständig.

Entwicklung der Gesuchszahlen

Die Verlängerung dieser Fristen von zwei auf neu fünf Jahre dürfte denn auch ein Grund für die erstmals verzeichnete Abnahme der Gesuche um Entschädigung und Genugtuung sein. Diese gingen 2009 von früher je rund 60 auf je rund 45 zurück, weil die Opfer zur Einreichung nun nicht mehr an die kurze zweijährige Verwirkungsfrist gebunden sind.

Die Zahl der beantragten Kostenbeiträge an Hilfeleistungen Dritter blieb mit 197 Gesuchen (Vorjahr 207) relativ stabil. Für Entschädigungen wurden 2009 rund 120 000

Eine positive Neuerung war ferner die organisatorische Integration der Opferberatungsstelle in die DISG per Anfang 2009 (siehe Seite 5). Damit wurden die Zusammenarbeit und der Wissenstransfer zwischen den beiden Abteilungen vereinfacht.

Andrea Heri Black, Abteilungsleiterin Opferhilfe

Fachstelle Kinderschutz

Kinder als Opfer: Probleme sind komplex

Die Mitarbeitenden der Fachstelle Kinderschutz wurden 2009 vermehrt in Fällen zugezogen, bei denen jugendliche Täter Gleichaltrige oder Jüngere sexuell ausbeuteten. Auch zu körperlicher und häuslicher Gewalt blieben die Anfragen anhaltend hoch.

Im Jahr 2009 wurden bei der Fachstelle Kinderschutz 101 Neumeldungen mit 189 betroffenen Kindern eingereicht. Dabei zeigte sich eine klare Tendenz: Die Langzeitberatungen nahmen zu und machten rund einen Drittel aller Fälle aus. Die Problemkonstellationen werden immer komplexer. Die notwendigen Interventionschritte können oft nicht mehr in einer einmaligen Besprechung geklärt werden. Vermehrt wurde auch die Kinderschutzgruppe Kanton Luzern einberufen (13 Fälle). Körperliche Gewalt (32 Fälle) war am häufigsten, gefolgt von sexueller Ausbeutung (30 Fälle), psychischer Misshandlung (24 Fälle) und Vernachlässigung (15 Fälle). Die Meldungen gingen ein von Behörden, Schulen und sozialen Einrichtungen.

Häusliche Gewalt

Kinder und Jugendliche, die Zeugen von häuslicher Gewalt werden, schämen sich in der Regel, dass «so etwas» in ihrer Familie vorkommt und fühlen sich mitschuldig. «Ich hatte das Gefühl, in einer kleinen brutalen Welt eingeschlossen zu sein und niemand holte mich da raus.» Oder: «Meine Eltern dürfen keinesfalls erfahren, dass ich Hilfe suche. Ich fürchte sonst verstossen oder umgebracht zu werden.» – Solche Aussagen von Kindern, die damit ihre Angst und Ohnmacht ausdrücken, erklären das oft lange Aushalten in solch destruktiven Beziehungen. Das wirkt aber auch lähmend auf Veränderungsprozesse.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Professioneller Kinder- und Jugendschutz bedingt eine interdisziplinäre, fallbezogene Zusammenarbeit. Unserem Auftrag entsprechend vernetzen wir die beteiligten Fachpersonen und koordinieren die weiteren Interventionen und Abläufe. Diese Zusammenarbeit kam letztes Jahr auch in Fällen zum Tragen, bei denen jugendliche Täter Gleichaltrige oder Jüngere sexuell ausbeuteten. Die Missbrauchsformen reichten dabei vom Verschicken von Nacktfotos bis hin zur Vergewaltigung. Die Übergriffe können unter Geschwistern, im öffentlichen Raum, in Schulen und sozialen Einrichtungen vorkommen.



Wir wollen die multidisziplinäre Zusammenarbeit weiter institutionalisieren und einzelne Berufsgruppen von deren Notwendigkeit überzeugen. Auch in der Prävention sind wir aktiv. So beteiligte sich die Fachstelle Kinderschutz mit anderen Bereichen der DISG an der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen». In diesem Rahmen wurde die Wanderausstellung «Schnitt ins Leben, weibliche Genitalverstümmelung – auch in der Schweiz» lanciert.

Katharina Steiger, Fachstellenleiterin

Wegleitung für Fachpersonen

Die Fachstelle hat 2009 eine Wegleitung für Fachpersonen zum Thema sexueller Ausbeutung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in sozialen Einrichtungen miterarbeitet.

Bezug: www.disg.lu.ch

Abteilung Soziale Einrichtungen

Ziele erreichen dank guter Zusammenarbeit

Für die Abteilung Soziale Einrichtungen war 2009 ein Jahr der Konsolidierung und der Klärung von offenen Fragen. Der Engpass bei den Wohn- und Tagesplätzen für Schwerstbehinderte konnte behoben werden.

Leistungsvereinbarungen nach SEG ...

Im Berichtsjahr wurden mit 32 Sozialen Einrichtungen bereits zum dritten Mal Leistungsvereinbarungen nach dem Gesetz über Soziale Einrichtungen (SEG) abgeschlossen. Dank kooperativem und lösungsorientiertem Arbeiten konnten viele offene Fragen geklärt und die Verträge für das Jahr 2010 rechtzeitig unterzeichnet werden. Um das Ausarbeiten der Vereinbarungen weiter zu verbessern, wurden die Abläufe überarbeitet und mit den Zeitplänen des Gesundheits- und Sozialdepartementes und des Gesamtregierungsrates abgestimmt. Bei diesen Verträgen geht es nicht nur um die Aushandlung von Pauschalen. Im Zentrum stehen der Leistungsauftrag mit den definierten Angeboten und die Zielvereinbarungen zur Qualitätssicherung.

... und Bewilligungen nach SHG

Die Abteilung Soziale Einrichtungen ist auch zuständig für private Einrichtungen, die nach §70 des Sozialhilfegesetzes (SHG) anerkannt sind. Turnusgemäss wurden 2009 zwei ordentliche Inspektionen vorgenommen und vier neuen Einrichtungen Bewilligungen erteilt. Eine gemeinsame Veranstaltung diente der Vernetzung untereinander.

Plätze für Menschen mit schweren Behinderungen

Die Bedarfsplanung bei den Wohn- und Tagesplätzen für Menschen mit schweren geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen ist anspruchsvoll, da sich die individuelle Lebenssituation rasch ändern kann. 2009 stand sämtlichen Personen, die dringend einen Platz benötigten, ein solcher zur Verfügung. Dies wurde möglich durch

die kurzfristige Schaffung zusätzlicher Plätze in verschiedenen Institutionen und dank weiteren Entscheiden wie zum Beispiel der Verlängerung von Sonderschulmassnahmen. Total wurde das Angebot um 17 Plätze erhöht, 6 davon sind noch in Realisierung. Damit auch in den nächsten Jahren genügend Plätze vorhanden sind, wird die Planung in Arbeitsgruppen weitergeführt.

IFEG-Konzept

2009 wurde die Erarbeitung des – eher technischen – Konzeptes nach IFEG (Gesetz über die Institutionen zur Forderung der Eingliederung von invaliden Personen) aufgenommen. Das Konzept wird Ende 2010 dem Bundesrat eingereicht. Danach wird ein umfassenderes Leitbild erstellt, das auch die ambulanten Angebote für Menschen mit Behinderungen und weitere Aspekte berücksichtigt.

Zusammenarbeit mit der IGT und der HKL

Im Berichtsjahr nahm die DISG an einer internen Ausbildungsveranstaltung der Interessengemeinschaft Trägerschaften (IGT) für neue Mitglieder und an einer Plenumsitzung über Benchmarking teil. Gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit mit der Heimkonferenz des Kantons Luzern (HKL) auf eine neue Basis gestellt. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn sämtliche Einrichtungen in der HKL und – sofern es um private Trägerschaften geht – in der IGT vertreten wären.

Wir sind dankbar für die offene Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Trägerschaften und den Leitungspersonen aller Einrichtungen, mit denen wir zu tun haben.

John Hodel, Leiter Abteilung Soziale Einrichtungen



Abteilung Sozialhilfe / Asyl- und Flüchtlingswesen

Armut verhindern dank koordinierter Hilfe

Lassen sich die vielfältigen Aufgaben, der sich die Abteilung 2009 gewidmet hat, unter einen Nenner bringen? Am ehesten unter den Begriff der Koordination von staatlichen Hilfen. Ein Beispiel dafür ist die Interinstitutionelle Zusammenarbeit, die nun fest etabliert ist und eine bessere berufliche Integration anstrebt. Ein anderes ist das Projekt «Arbeit muss sich lohnen».

Seit März 2009 ist die Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ im ganzen Kanton eingeführt. Neben der IV-Stelle Luzern sind neu alle fünf Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und alle Vollzugsstellen der Gemeinden für die Sozialhilfe (SoBZ, Sozialdienste, Sozialämter) dabei. Jede dieser Stellen kann bei komplexen Problemsituationen ein koordiniertes Vorgehen in einem Einzelfall initiieren. Ziel der Zusammenarbeit ist die berufliche Reintegration. Die IIZ-Koordinationsstelle startet und organisiert diese Zusammenarbeitsprozesse. 2009 wurden 59 solcher so genannter IIZ-Prozesse durchgeführt.

Die fallspezifische Zusammenarbeit beginnt mit einem gemeinsamen Standortgespräch. Danach wird der Prozess vorwiegend über die internetbasierte Kommunikationsplattform «CaseNet» fortgesetzt. So können Fachpersonen zeitlich und örtlich unabhängig den Integrationsverlauf koordinieren, Fragen diskutieren und den aktuellen Stand dokumentieren.

Damit die Zusammenarbeit gelingt, müssen Mitarbeitenden der beteiligten Institutionen die einzelnen Prozessschritte, ihre Rolle und Aufgabe sowie «CaseNet» kennen. Ebenso wichtig sind die persönliche Vernetzung der beteiligten Institutionen und Kenntnisse von möglichen Massnahmen sowie der Arbeitsweise. Um diese Rahmenbedingungen zu ermöglichen, hat die Verantwortliche der IIZ-Koordinationsstelle im ersten Quartal 2009 alle neuen Partnerinstitutionen im

Kanton besucht und über IIZ informiert. Zudem wurden drei ganztägige Schulungen zu «IIZ und Case Management» durchgeführt.

Sozialhilfe

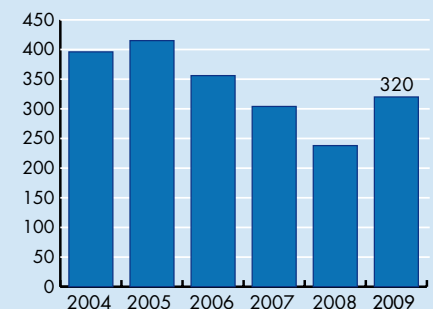
Unsere Abteilung ist für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) zuständig. Hier fällt die starke Zunahme der neuen Dossiers im 2009 auf: Mit 320 Dossiers wurden ein Drittel mehr als im Vorjahr (238 Dossiers) eröffnet. Auch der Betrag der Rückerstattungen von wirtschaftlicher Sozialhilfe ist gegenüber 2008 um knapp 10 Prozent auf 5,3 Millionen Franken gestiegen (siehe Grafiken).

Alimenteninkasso und -bevorschussung

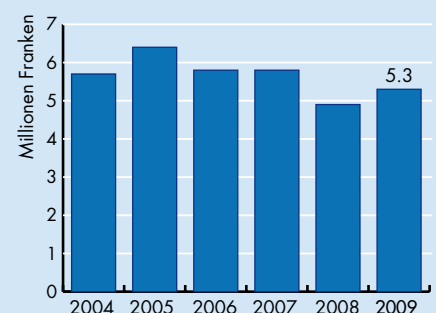
Bei der Alimentenbevorschussung kam es früher bei bestimmten Einkommen zu unerwünschten Effekten. Bis Ende 2008 wurden gemäss Gesetz die bevorschussten Unterhaltsbeiträge zum Reineinkommen dazugechnet, was in Grenzfällen dazu führen konnte, dass die Bevorschussung sistiert wurde, weil damit die gesetzliche Einkommensgrenze überschritten wurde. Mit einer Anpassung von Art. 25 Abs. 3 der Sozialhilfeverordnung (SHV) wurde dieser Mangel behoben.

Im internationalen Alimenteninkasso übernehmen wir die Fallberatung und Vermittlung zwischen Bundesamt und Gemeinden. Die Dossierzahlen sind mit 17 gleich hoch wie im Vorjahr.

Neue ZUG-Dossiers pro Jahr



Geldfluss nach ZUG in Mio. Franken



Armut verhindern dank koordinierter Hilfe

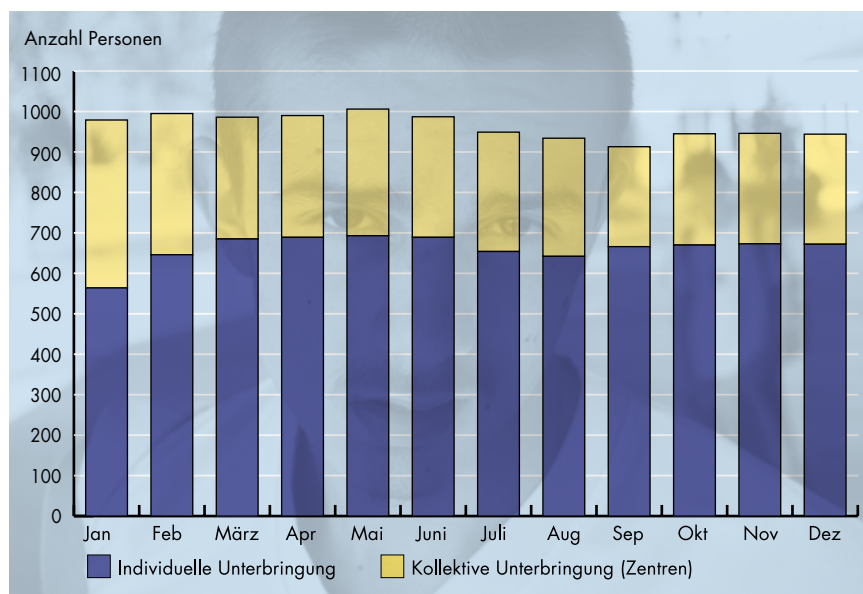
(Fortsetzung)

Asyl- und Flüchtlingswesen

Im Jahr 2009 wurden in der Schweiz 16 005 Asylgesuche gestellt, in etwa gleich viele wie im Vorjahr. Vor allem zu Beginn des Jahres gingen viele Asylgesuche ein, während sie ab Juni wieder zurückgingen. Seit Anfang 2009 ist das Abkommen von Dublin in Kraft. Danach tritt die Schweiz nicht mehr auf Asylanträge von Personen ein, die bereits in einem EU-Staat ein Gesuch gestellt haben.

Dem Kanton Luzern wurden letztes Jahr 612 Asylsuchende zugewiesen. Der Gesamtbestand stieg damit 2009 auf 944 Personen.

Anzahl Asylsuchende im Kanton Luzern 2009



Mit der temporären Nutzung des Bildungszentrums Chlotisberg in Gelfingen und der vorübergehenden Unterbringung von Asylsuchenden im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Sempach konnte der Unterbringungsengpass aufgefangen werden.

Im Jahr 2009 erhielten 300 Personen eine vorläufige Aufnahme oder wurden als Flüchtling anerkannt. Caritas Luzern und das SAH Zentralschweiz waren gefordert, für diese Personen sprachliche und berufliche Integrationsmassnahmen zu organisieren.

«Arbeit muss sich lohnen»

Verschiedene Vorstösse im Kantonsrat verlangen, das System der staatlichen Transferleistungen zur Existenzsicherung zu optimieren. Anlass dafür gaben Fälle von Sozialhilfebeziehenden, die gegenüber Erwerbstätigen besser gestellt sind.

Unsere Abteilung leitet zu dieser Thematik ein Projekt mit dem Titel «Arbeit muss sich lohnen». Eine breit abgestützte Projektgruppe hat sich 2009 einen Überblick über die Existenzsicherung im Kanton Luzern verschafft. Sie ist daran, das Zusammenspiel der verschiedenen Leistungen zu analysieren. Ausser der Sozialhilfe und andern Bedarfsleistungen, die ihr vorge-lagert sind, gilt es dabei auch, das Steuer-system zu berücksichtigen. Auch das kantonale Familienleitbild verlangt eine gerechte Verteilung der Lasten und Leistungen in den verschiedenen Lebensphasen der Bürgerinnen und Bürger. Mit der Überprüfung der Sozialtransfers und der Steuerbelastung berücksichtigt das Projekt gleichzeitig dieses familienpolitische Anliegen.

Das komplexe Transfersystem betrifft einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung. Veränderungen müssen auch deshalb auf einer Gesamtsicht basieren. Nur so können nicht-beabsichtigte Folgen – Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter Gruppen – künftig vermieden werden. Nachdem 2009 die Grundlagen erarbeitet wurden, soll bis Mitte 2010 der Bericht zum Projekt «Arbeit muss sich lohnen» vorliegen.

*Raymond Caduff, Abteilungsleiter
Sozialhilfe / Asyl- und Flüchtlingswesen*

Abteilung Zentrale Dienste und Finanzen

Viele Beiträge zum Gelingen der DISG

Zentrale Dienste – eine Abteilung mit unterschiedlichsten Aufgaben. Hier ein kleiner Einblick in einiges, was uns im Jahr 2009 nebst den administrativen Arbeiten wie Versand, Telefon-, Schalter- und Postdienst beschäftigt hat.

Die Finanzen sind ein gewichtiger Teil unseres Aufgabenportefeuilles. Es ist eine spannende und herausfordernde Sache, die verschiedensten Finanzflüsse korrekt abzuwickeln. Zum Beispiel jene mit dem Bund im Asyl- und Flüchtlingswesen sowie die Abrechnungen mit anderen Kantonen und Luzerner Gemeinden im Bereich der Sozialhilfe und der Sozialen Einrichtungen. Aber auch Mittel für Projekte wie zum Beispiel «Arbeit muss sich lohnen» oder «Stark durch Erziehung», zweckgebundene Spenden der Opferberatungsstelle und andere werden hier verwaltet. Ferner machen wir im Auftrag der Abteilung Opferhilfe Regressforderungen bei Straftätern geltend. – Insgesamt setzt die DISG im Jahr rund 280 Millionen Franken um.

Corporate Design

Mit ihrem einheitlichen Erscheinungsbild hat die DISG an visuellem Profil gewonnen. Es ist unsere Aufgabe, sämtliche Druckerzeugnisse im Hinblick auf das Corporate Design zu überprüfen. Es ist uns gelungen, dieses im Jahr 2009 weitgehend durchzusetzen.

Gesundheit am Arbeitsplatz

Im März 2009 haben wir einen Tag zum Thema «Ergonomie am Arbeitsplatz» durchgeführt. Zwei Monate später wurden die Mitarbeitenden der DISG über das Thema «Gesund ernährt durch den Berufsalltag» informiert. Ein kleiner Beitrag unserer Abteilung zur Gesundheit am Arbeitsplatz!

Informatik

Im Frühjahr haben wir mit Unterstützung der Dienststelle Informatik die Opferberatungsstelle in die IT-Infrastruktur des Kantons Luzern eingebunden. Dank guter Kooperation aller Beteiligten ist diese Integration geglückt. Nachdem die Opferberatungsstelle bereits zuvor mit Outlook arbeitete, ging es dann im Sommer darum, bei den Mitarbeitenden der übrigen Abteilungen Lotus Notes durch Outlook abzulösen. Auch diesen Kraftakt konnten wir mit Hilfe der Dienststelle Informatik erfolgreich abschliessen.

Ausbildungsplätze

Ausbildung junger Menschen ist für unsere Abteilung wichtig, ebenso für den Berufsbildner Klaus Portmann: «Für mich ist die Lehrlingsausbildung ein grosser Gewinn, nicht finanziell, sondern menschlich und beruflich». Im Herbst durften wir sowohl unsere eigene wie die Lehrstelle im Ausbildungsverbund der kantonalen Verwaltung für Sommer 2010 neu besetzen. Die spannende Selektion hat allen Beteiligten Spass gemacht.

Wir sind stolz darauf, mit unserer Arbeit einen wesentlichen Teil für das Gelingen der vielfältigen Aufgaben der DISG zu leisten und danken allen, die uns in der täglichen Arbeit unterstützen.

Rahel Iff, Abteilungsleiterin Zentrale Dienste und Finanzen

Altersleitbild 2010

Das Altersleitbild 2010 des Kantons Luzern wurde Ende 2009 vom Regierungsrat verabschiedet. Im Leitbild ist als Vision formuliert, dass jede Person nach den eigenen Vorstellungen alt werden kann. Ältere Menschen tragen jedoch auch Eigenverantwortung für ihre Gesundheit, und sie leisten ihren Beitrag zur Solidarität in der Gesellschaft. Der kurz gefasste Text zeigt Handlungsfelder und Wirkungsziele auf. Er kann allen, die mit Alterspolitik und alternden Menschen zu tun haben, insbesondere aber den Gemeinden, Grundlagen und Ziele für ihr Handeln bieten.

Bestellen oder Herunterladen des Altersleitbildes plus Dokument mit weiterführenden Informationen:
www.disg.lu.ch/alter_publikationen.htm

Bericht zur Pflegeheimplanung

Die revidierte Pflegeheimplanung (Entwurf vom 2. Februar 2010) samt Pflegeheimliste befindet sich bis Ende April in einer breiten Vernehmlassung.

Herunterladen: www.disg.lu.ch/index/alter/alter_publikationen.htm

IM FALL

Eine Ausstellung über die Sozialhilfe in der Schweiz

Im Kanton Luzern vom 5. Mai bis 13. Juni 2010 in Horw, Luzern, Sursee und Hochdorf

Info: www.disg.lu.ch/armut.htm
www.im-fall.ch



LUSTAT Jahrbuch Kanton Luzern 2010

Das Standardwerk der Luzerner Statistik lädt zu einer faszinierenden

Zahlenreise durch den Kanton ein. Das Buch präsentiert eine breite Palette von statistischen Informationen zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Es ist nicht nur ein nützliches Nachschlagewerk, sondern dank beigefügter CD-ROM auch ein praktisches Arbeitsinstrument.

584 Seiten, 372 Tabellen, 189 Grafiken, 222 Bilder, Kantonsprofil, 104 Gemeinde- und Regionsprofile, mit CD-ROM.

Bestellung: www.lustat.ch/jahrbuch

Jugend bewegt die Gesellschaft

Plattform Gesellschaftsfragen
7. Juni, 16.30-19.00 Uhr,
Bahnhof Restauration Luzern, 1. OG.

Das Potenzial der jungen Generation steht im Zentrum der zweiten Plattform Gesellschaftsfragen. Der Soziologe Ueli Mäder zeigt die Bandbreite an Potenzialen auf – vom freiwilligen und gemeinnützigen Engagement bis zu aggressivem Verhalten. Anhand von Best Practice-Beispielen aus dem Freiwilligenbereich und in einer anschließenden Diskussion werden Erfahrungen ausgetauscht und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit diesen Potenzialen aufgezeigt.

Anmeldung: gesellschaftsfragen@lu.ch

Austritte

Michèle Bucher, Master of Law, hat die Abteilung Opferhilfe und Kinderschutz Ende Januar verlassen. Als juristische Praktikantin hat sie die Abteilung ein Jahr lang bei der Geschäftsbearbeitung und bei der Umsetzung von Projekten unterstützt; auch die Opferberatungsstelle profitierte von ihrem juristischen Wissen. Wir danken Michèle Bucher herzlich und wünschen ihr für ihren weiteren beruflichen Weg alles Gute.

Mustafa Yildiz hat Ende Januar sein einjähriges Praktikum bei der Abteilung Zentrale Dienste und Finanzen abgeschlossen. Das Praktikum war Bestandteil seiner Ausbildung zum Kaufmann (B-Profil) bei der Bénédict-Schule Luzern. Wir wünschen Mustafa Yildiz für den bevorstehenden Ausbildungsabschluss viel Erfolg und danken ihm herzlich für die geleistete Arbeit.



Gesundheits- und Sozialdepartement

Herausgeberin:

**Dienststelle Soziales und Gesellschaft
DISG**

Rösslimattstrasse 37

Postfach 3439, 6002 Luzern

Telefon 041 228 68 78

Fax 041 228 51 76

E-Mail: disg@lu.ch, www.disg.lu.ch

Auflage: 2500 Ex.

Gestaltung: creadrom.ch, Luzern

Fotoquellen: S 1, 3, 7 von G. Anderhub © LUSTAT;
S. 4, 8 Kinderheim Hubelmatt